



**Die Heidelberger**  
UNABHÄNGIGE WÄHLERINITIATIVE

**Gemeinderatsfraktion**

Larissa Winter-Horn  
*Fraktionsvorsitzende*

Marliese Heldner  
Matthias Fehser

Vangerowstr. 2/2  
69115 Heidelberg  
Tel. 06221/18714460  
Fax 06221/18714461

Die Heidelberger · Vangerowstr. 2/2 · 69115 Heidelberg

Stadt Heidelberg  
Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Eckart Würzner  
Marktplatz 10  
69117 Heidelberg

E-Mail: 01-Sitzungsdienste@Heidelberg.de

Heidelberg, 21.11.2023

**Sachantrag zu TOP Ö 7 des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität am 22.11.2023:  
Verkehrsversuch Mittermaierstraße: Umwandlung einer Fahrspur in eine Fahrradspur**

Vertagung einer Beschlussfassung auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität bzw. bis die Träger der öffentlichen Belange wie Polizei, Feuerwehr, VRN, DRK usw. in die Planungen eingebunden wurden bzw. Stellungnahmen vorliegen.

Bei „2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:“ bitte ergänzen (in Rot):  
Durch den Verkehrsversuch kann es in den Spitzenstunden zu Staubildungen kommen, **die die wichtigen Funktionen der Träger öffentlicher Belange wie Polizei, Feuerwehr, VRN, DRK behindern** und die Erschließungsqualität der betroffenen Stadtteile beeinträchtigen kann.

**Begründung**

Wenn es sich bei dieser Vorlage um eine „kurze Zusammenfassung der Ausgangssituation sowie eine überschlägige Bewertung der Varianten“ handelt, hätten wir eine Informationsvorlage erwartet. Allerdings liegt eine Beschlussvorlage vor.

Das Wegnehmen einer oder mehrerer Fahrspuren für den MIV ist eine sehr komplexe Situation, die über die verkehrliche Nutzung der Mittermaierstraße hinausgeht. Sie hat gravierenden Einfluss auf die Gewährleistung von wichtigen Funktionen der Träger öffentlicher Belange wie Polizei, Feuerwehr, VRN, DRK usw.

Die Mittermaierstraße ist für Rettungsdienste und Krankentransporte als Hauptachse definiert und dient als schnellstmögliche Zufahrt für das Universitätsklinikum. Die angedachte Verkehrsmaßnahme würde zu erheblichen Verzögerungen bei der An- und Abfahrt von Einsätzen und damit zu Lasten der Notfallpatienten führen. Auch bei mehreren Linien des ÖPNV würde die bereits jetzt zu Stoßzeiten unbefriedigende Situation noch verschlechtert werden.

Wir halten es für unverantwortlich, hier einen Beschluss zu fassen, bevor die Träger der öffentlichen Belange eingebunden wurden.